

Zur politischen Leistung
Helmut Kohls
in der Wendezeit

Kanzler der Einheit

Michael Stürmer

Zwanzig Jahre später reden alle über die Einheit; nur wenige reden über Helmut Kohl. Aber er war es und niemand sonst, der als Kanzler seit 1982 in West und Ost Vertrauen erworben hatte, namentlich in dem Ringen um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckensysteme Pershing II gegen die sowjetischen SS 20. Die sogenannte INF-Krise (*Intermediate Nuclear Forces*) lag gerade einmal drei Jahre zurück, das letzte große Kräfte-messen zwischen sowjetischem Land-imperium und amerikanischer See-Allianz, und es war nicht sicher, ob, wenn die Sowjetunion die historische Bühne verließ, sie dies mit einem Seufzer tun würde oder mit einem Knall. Seit dem 9. November 1989 in Berlin war das Weltsystem des Kalten Krieges aus den Angeln gehoben. Ein neues war nicht in Sicht.

In der Krise aller Krisen, als die tektonischen Platten des östlichen Imperiums aufbrachen und niemand wusste, wie es weitergehen sollte, galt das Wort des deutschen Bundeskanzlers, dass er das künftig vereinigte Deutschland in den westlichen Systemen der NATO und der Europäischen Union „einbinden“ würde – so das oft wiederholte Wort. In seiner Rede am 3. Oktober in der Philharmonie zu Berlin hat Kohl auf alle Töne des Triumphs und des Auftrumpfens verzichtet und, soweit er es vermochte, versichert, dass Deutschland nie wieder „ruheloses Reich“ sein würde. Wie kann es dann sein, dass zwanzig Jahre danach der Kanzler der deutschen Einheit nahezu hinter seinem Werk verschwindet?

Die kurze Antwort lautet: Die Diplomatie der Krise, die zur Einheit führte, war erfolgreich – zu erfolgreich, um Raum für die Frage zu lassen, was daran innere Logik, Revolution von unten oder große Staatskunst war im Dreieck Weißes Haus in Washington, Kreml in Moskau und Bonner Kanzleramt. Peter Boenisch, damals Staatssekretär im Kanzleramt und Sprecher Kohls, hat einen Satz von Eduard Schewardnadse überliefert, letztem Außenminister der ehemaligen Sowjetunion, der die Höhe des Einsatzes verdeutlicht: „Peter, es ging 1989/90 nicht um deutsche Einheit oder Nicht-Einheit. Es ging um deutsche Einheit oder Krieg – Atomkrieg.“

Ende des bipolaren Systems

In einem Wort: Nichts musste so kommen, wie es dann kam. Vieles hätte auch anders abgehen, möglicherweise in Krise und Katastrophe enden können. Denn als am 9. November 1989 die Mauer fiel, war dies nicht Endpunkt, sondern Wendepunkt aus der Statik des bipolaren Systems in die Dynamik einer unbekannteren, unberechenbaren und unkontrollierbaren Zukunft, wo alles auf dem Spiel stand. Der Mauerfall war Höhepunkt der größten und gefährlichsten Ost-West-Krise seit 1945 – eingeschlossen zwei Berlin-Krisen und die Kuba-Krise. Der Grund: Was auf dem Spiel stand, war nicht nur die Existenz der DDR als westliches Mittelstück im imperialen Bogen des russischen Reiches. Es war, in unabweisklicher Folge, zuerst die Existenz des äußere-

ren Imperiums und, wenn dieses einstürzte, des inneren Sowjetreiches. Wenn Imperien stürzen, das galt damals, und das gilt noch immer, tun sie es nicht friedlich-schiedlich, sondern gewöhnlich mit einem letzten Gefecht. Dass es dazu nicht kam, war nahezu ein Wunder – „der Mantel Gottes, der durch die Geschichte geht“, so zitierte damals Kohl den größten seiner Vorgänger, Bismarck. Der fromme Katholik Kohl meinte, was er sagte.

Innenpolitisches Schachspiel

Und damit zur langen Antwort, die mit der inneren Lage der Christlich-Demokratischen Union, der Koalition Kohl/Genscher und des ganzen Landes beginnt. Kohl hatte, nachdem die Sozialliberalen im Spätsommer die Scheidung eingereicht und ihm das Kanzleramt geöffnet hatten, auf Wahlen so bald wie möglich bestanden, auch wenn die Verfassung dem zunächst im Wege zu stehen schien. Er wollte sich und der Koalition mit den Liberalen für die innere „Wende“ und den NATO-Doppelbeschluss über die Stationierung von Mittelstreckenraketen Mandat und Legitimation beschaffen. Diese Wahlen gingen im März 1983 triumphal an die neue Koalition. Dasselbe wiederholte sich vier Jahre später, nicht zuletzt dank unerwartet stürzender Ölpreise.

Als Vorsitzender der Union war Kohl indessen im Frühsommer 1989 nicht mehr unangefochten. Niemand fühlte sich zu Dankbarkeit verpflichtet. Wie sonst hätten malkontente Politiker, die nach einem Nachfolger suchten, auf dem Bremer Parteitag jenes Jahres eine Art Palastrevolte anzetteln können – die sie allerdings verloren und mit zeitweiliger Verbannung von Hofe büßten? Sie hatten entscheidend unterschätzt, dass Kohl der Meister des telefonischen Netzwerks war, der Patronage und des Aufbaus persönlicher Loyalitäten. So erfuhr er beizeiten,

was in der Luft lag, und plante seine Gegenzüge auf dem parteipolitischen Schachbrett. Für einen matten König war es zu früh. Zudem konnte er dem Parteitag Frohbotschaft von den ostdeutschen Flüchtlingen verkünden.

Wie immer das innerparteiliche Spiel weitergehen würde, zu dem auch kontrollierte Konflikte mit dem liberalen Koalitionspartner/-gegner gehörten – die Weltpolitik sollte intervenieren und am meisten in Deutschland und Berlin. „Nichts mehr wird sein, wie es vordem gewesen“ – so überschrieb Willy Brandt, als die Erschütterungen des nationalen und internationalen Gefüges noch in vollem Gange waren, das Nachwort zu seinen Erinnerungen. Willy Brandt, der nach dem 9. November einer der wichtigsten Vertrauten des Kanzlers geworden war, so als könne es nicht anders sein. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“: Das Wort gab die Richtung an, die wie in einer stillen Großen Koalition der Kanzler und sein sozialdemokratischer Vor-Vorgänger gemeinsam erfassen. Brandt hat seitdem auch innerparteiliche Konflikte nicht gescheut, wahrscheinlich die SPD vor dem Zerreißen gerettet und Oskar Lafontaine, einst Ziehsohn und Hoffnungsträger, öffentlich in den Senkel gestellt.

Die deutsche Frage

Um Kohls Zurückhaltung vor dem 9. November 1989 und seine Umsicht in den nächsten 273 Tagen bis zur staatsrechtlichen Einheit zu begreifen, muss man nicht nur die Anlage der deutsch-deutschen Deutschlandpolitik zu Zeiten des Kalten Krieges begreifen, sondern auch die Tatsache, dass es im Kalten Krieg nicht allein um Ideologien ging, auch nicht nur um ferne Weltgegenden wie Vietnam oder Korea, Ägypten, Mosambik oder Angola, sondern in seinem europäischen Zentrum um die alte deutsche Frage, wem Deutschland

Am 19. Dezember 1989 spricht Bundeskanzler Helmut Kohl zu den Bürgern vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden.

© picture-alliance/dpa, Foto: dpa Team



gehört und wohin die Deutschen gehören.

Deutschland war für die zerstrittenen Sieger des Zweiten Weltkriegs immer zu wichtig, um es dem Antagonisten zu überlassen – oder aber in Neutralität sich selbst und allen Versuchungen der Schaukelpolitik, ja der Schiedsrichterrolle zwischen Ost und West. In der globalen Auseinandersetzung zwischen dem russischen Bären und dem amerikanischen Seeadler war Deutschland geostrategischer Dreh- und Angelpunkt. Daraus folgte: Wem Berlin gehörte, dem würde Deutschland gehören. Und wem Deutschland gehörte, der würde die Erde erben – oder jedenfalls den europäischen Teil derselben. Der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay hat seiner-

zeit auf die Frage, wozu die NATO gut sei, die klassische Antwort gegeben: „To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down.“

Das alles war Helmut Kohl, der sich als Enkel Adenauers begriff, so schmerzhaft bewusst wie dem ersten Bundeskanzler. Kohl hatte 1973, kaum Vorsitzender geworden, die Union durch Rücktrittsdrohung gezwungen, die Ostpolitik der Sozialliberalen als Teil und Mittel weltpolitischer Entspannungspolitik anzunehmen. Als Kanzler seit 1982 führte er Deutschlandpolitik – wie der Vorgänger Helmut Schmidt – vom Kanzleramt aus. Das hing mit dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag von 1973 zusammen, der die Deutschlandpolitik im Schwebestand zwischen Innen- und Außenpoli-

tik definierte. Dem Bonner Ministerium für gesamtdeutsche Fragen blieb das Management der Teilung nach den operativen Vorgaben aus dem Kanzleramt.

Sowjetischer Zerfall

Den Namen des Landwirtschaftsexperten aus Saratow, Michail Gorbatschow, hat Kohl wohl erstmals vernommen, als er zum Arbeitsbegräbnis Leonid Breschnews in Moskau war, im Herbst 1982. Da erfuhr er auch, dass der neue Mann als Nachfolger vorgesehen sei mit der Aufgabe, das Imperium zu erneuern.

Seitdem hat Kohl, anfangs mit Misstrauen, die halbrevolutionären Veränderungen in Moskau und ihre Auswirkungen auf die übrige Welt wahrgenommen. Außenminister Genscher sprach 1987 in Davos von der Jahrhundertchance dieser Reformen, und Kohl hat seinem eigenwilligen Außenminister nicht widersprochen. Er hat aber auch die Mahnung Bismarcks beherzigt, keine unreifen Früchte abzuschlagen: Der Zusammenbruch der DDR ließ sich ahnen, aber auch dass ein direkter Zusammenhang bestand mit Niedergang und Misere des Sowjetsystems. Der Krieg in Afghanistan schleppte sich blutig hin, die Rote Armee, von der Wirtschaft des *Gosplan* (*Gosudarstwennyj planowyj komitet*, „Staatliches Plankomitee“ beim Ministerrat der UdSSR) nicht zu reden, hing bei den Mikroprozessoren um Jahrzehnte zurück, und als 1985 der Ölpreis einbrach und 1986 Tschernobyl brannte, wurde aus Gorbatschows radikaler Reform von oben ein fortschreitender Zerfall, kaum noch steuerbar außer durch nackte Gewalt. Die aber musste Gorbatschow scheuen aus seinem Naturell wie aufgrund der Tatsache, dass damit Reform und Entspannung zu Ende wären.

Als Kohl im Oktober 1988 in Begleitung der Spitzen der deutschen Wirtschaft nach Moskau flog, hofften die führenden Russen, irgendwie könne die

Deutschland AG das bröckelnde Imperium noch retten.

Öffentliche Zurückhaltung

Sollte in dieser Lage Kohl über alle Kanäle Triumph verkünden und Arbeitsstäbe einrichten? Wer die zwei Jahrzehnte danach publizierten britischen Dokumente über die Diplomatie der Jahre 1989/90 kennt, der kann sich vorstellen, wie die Reaktion in Downing Street 10 oder im Elysée-Palast ausgefallen wäre. Eines jedenfalls ist sicher: Alles wäre anders gekommen. Hat man im Kanzleramt Kohls nichts geahnt, nichts gewusst, nichts vorbereitet? Das ist eine unpolitische, ja unhistorische Frage. Die Geschichte des 9. November und seine Vorgeschichte verliefen nicht nach Plan und nicht in festen Gleisen. Ein Masterplan für die Weltgeschichte mag zwar ästhetischen Ansprüchen genügen, aber er ist logische und politische Unmöglichkeit. Dem Kanzleramt lagen seit dem Spätsommer 1988 Studien vor über die Nicht-Zukunft der DDR. Was aber war zu tun? Es gab unter Wolfgang Schäubles Vorsitz – Anlass war die „Transitpauschale“, die die DDR zugleich erhöhen und verpfänden wollte – Besprechungen zum Thema Endspiel, streng vertraulich an langen Abenden im Kanzleramt. Doch sie endeten unweigerlich mit der Erkenntnis, dass die Entwicklung zuerst und zuletzt von Moskau abhing, dass es nicht Sache der Bundesregierung war, das Drama zu beschleunigen, und dass man Mutmaßungen über die Zukunft am besten Presse und Öffentlichkeit überließ.

Diese Linie – nachzulesen im Dokumentenband des Bundeskanzleramts über das Jahr der Einheit – hat sich im Großen und Ganzen als richtig erwiesen. Doch erklärt sie zugleich, warum bis zum 9. November Kanzler und Kanzleramt äußerste Zurückhaltung übten und warum in der historischen Rückschau die steuernde Rolle des Kanzlers und des

Kanzleramts bis heute unterbewertet bleibt.

Mit Umsicht zur Einheit

Der Kanzler hat nach dem 9. November sich selbst, dem Land und dem Rest der Welt Zeit gelassen mit der Antwort auf die alles bestimmende Frage: Wie weiter? Aus Moskau kam Nikolai Portugalow angereist, vieldeutiger Mann in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees, um Genaueres zu erfragen und zugleich sowjetische Gesprächsbereitschaft anzudeuten: nicht nur über ein Nein zur Einheit, sondern auch über ein Vielleicht, einen Plan B. Denn die Kreml-Führung wollte das große Spiel nicht den Deutschen überlassen und auch nicht dem Westen. Letzteres blieb den Amerikanern nicht verborgen. Außenminister Baker und Präsident Bush via *National Security Council* taten seitdem alles, die kommende deutsche Einheit im Rahmen von NATO und Europäischer Gemeinschaft zu verankern gegen mögliche, nicht nur theoretische Versuchungen der deutschen Politik, für die Einheit mit NATO-Mitgliedschaft zu zahlen.

Unterdessen im Kanzleramt, während am Horizont des Handels die Einheit aufstieg, der taktische Konsens: Die Deutschen sollten nicht erscheinen als die aktionistische Bewegter und Dränger. Und als dann am 28. November 1989 – Tag der Haushaltsdebatte im Bundestag – der Kanzler den am Wochenende zuvor im kleinsten Kreis ausgearbeiteten Zehn-Punkte-Plan vortrug, resümierte er, fast professoral, sämtliche Rechtspositionen –

von der Potsdamer Konferenz 1945 bis zur Helsinki-Schlussakte 1975 – die für Selbstbestimmung und deutsche Einheit sprachen, ohne doch eine konkrete Straßenkarte dahin zu entwerfen und ein Datum zu nennen. Auf der Ebene der großen Politik gab es mehr Fragen als Antworten, während auf den Straßen und Marktplätzen im östlichen Deutschland die Menschen, als gäbe es eine geheime Verabredung, wie von selbst die Richtung veränderten: „Wir sind das Volk!“, so hatte es den SED-Oberen lange schon in den Ohren gegellt. Dann aber hieß es „Wir sind EIN Volk“: Das war der Ruf, der bald darauf alles vorantrieb.

Als der Kanzler wenige Tage vor Weihnachten in Dresden sprach vor den Ruinen der Frauenkirche, sah er die grün-weißen sächsischen Fahnen und Schwarz-Rot-Gold mit einem Loch statt Hammer und Zirkel. Das hat den Politiker, dem sentimentale Stimmungen nicht fremd waren, tief bewegt. Von da an ging es nur noch um eines: aus dem Niedergang der Sowjetunion und der Weltkrise jener Tage die Einheit im Westen zu gewinnen.

Kanzler der Einheit, aber zu europäischen Konditionen: Niemand kann zählen, wie oft Kohl das Wort Konrad Adenauers aus den frühen Jahren der Republik wiederholt hat, die deutsche Einheit und die europäische Integration seien zwei Seiten derselben Medaille. Recht hat er gehabt und Erfolg dazu. Wenn die Deutschen dieses Vermächtnis einmal vergessen, dann sind die besten Zeiten vorbei.

Geschichtliche Stunde

Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit der Nation. Liebe Freunde, ich weiß, dass wir dieses Ziel erreichen können und dass diese Stunde kommt, wenn wir gemeinsam dafür arbeiten – und wenn wir es mit Vernunft und mit Augenmaß tun, mit Sinn für das Mögliche. Es ist ein schwieriger Weg, aber es ist ein guter Weg – es geht um unsere gemeinsame Zukunft.

Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 vor der Dresdner Frauenkirche